

GAL: CDU schießt sich ins Knie

Gemeinderatsfraktion: Wurde demokratischer Grundkonsens aufgekündigt?

wit. Als „schlechte Verlierer mit fragwürdigem Demokratieverständnis“ hat GAL-Stadträtin Judith Marggraf als Sprecherin ihrer Fraktion die CDU-Gemeinderatsfraktion nach deren Stellungnahme zum Ergebnis der letzten Gemeinderatssitzung (RNZ vom 15. Oktober, „CDU: Unsere Verkehrspolitik wurde bestätigt“) bezeichnet. Der Fraktionsvorstand der CDU habe dabei, so Marggraf, eine immerhin bereits zum vierten Mal mehrheitlich getroffene Entscheidung für die Straßenbahn nach Kirchheim in Frage gestellt mit dem Hinweis darauf, dass die Mehrheit nicht groß genug sei und die entscheidende Stimme von der OB gekommen sei.

Die sichtlich entrüstete GAL-Stadträtin kommentierte dies mit einem „Also bitte, wo sind wir denn?“ Unser politisches System, so Judith Marggraf, basiere auf Mehrheitsentscheidungen und sehe Quoren nur für Entscheidungen von besonderer Tragweite, zum Beispiel Verfassungsänderungen, vor. Marggraf: „Wer das nicht akzeptieren mag und ankündigt, das letzte Wort sei noch nicht gesprochen, ist nicht nur ein schlechter Verlierer,

sondern trägt mit einer solchen Haltung auch die Verantwortung für jahrelangen Stillstand und Umsetzungsstau.“

Wer dann auch noch einer Gruppierung im Gemeinderat „Käuflichkeit“ vorwerfe, (CDU-Stadtrat Werner Pfisterer hatte gesagt, die FWV sei beim Thema Straßenbahntrasse aus ihrer bisherigen Haltung „mit acht Millionen für eine ebenerdige Trasse herausgekauft“ worden), der müsse sich schon fragen lassen, ob hier nicht gerade der demokratische Grundkonsens aufgekündigt werde, „von Stil und Umgangsformen ganz zu schweigen“, so die GAL-Sprecherin für ihre Fraktion. Absurd werde es dann schließlich auch noch, so Judith Marggraf: „Da fragt sich der Kollege Pfisterer, wie die Stadt acht Millionen für die (im Anwohnerinteresse!) niveaugleiche Trassenführung aufbringen will. Fragt der Kollege Pfisterer sich auch, wie die Stadt die mehr als 100 Millionen für die Tunnelprojekte aufbringen will?“

Marggrafs Fazit: „Wer den Mund so voll nimmt, sollte vermeiden, sich dabei auch noch ins Knie zu schießen“.

FWV: Besser als gar keine Trasse

Gundel: CDU konnte sich mit Verhinderungs-Angebot nicht durchsetzen

wit. „Das beruht schlichtweg auf der Tatsache, dass sich die CDU mit ihrer Haltung nicht durchsetzen konnte. Erst wollten sie überhaupt keine Straßenbahn, dann wurde als Verhinderungs-Angebot eine Trasse am Rand von Kirchheim vorgeschlagen.“ Mit dieser Aussage wendet sich Stadtrat Hermann Gundel namens der Freien Wählervereinigung (FWV) gegen Vorwürfe der CDU, die Zustimmung der FWV zur Straßenbahn nach Kirchheim über die so genannte „Zentrums-Trasse“ sei „erkauft worden“ (RNZ vom 15. Oktober, „CDU: Unsere Verkehrspolitik wurde bestätigt“). Der auch mit Zustimmung der CDU bestellte Verkehrsgutachter habe eindeutig bestätigt, dass die Zentrums-Trasse die effektivste, betriebswirtschaftlich richtige und auch billigste Lösung sei, sagte Gundel. Die von den „Heidelbergern“ und der CDU ins Spiel gebrachte „Westtrasse“ hätte 40 bis 50 Millionen mehr gekostet, und die Zuschussfähigkeit sei fraglich.

Voraussetzung für eine Zustimmung der FWV für eine Straßenbahn nach Kirchheim und durch die Schwetzinger Straße war die

straßenniveau-gleiche Trassenführung durch Kirchheim, erinnerte Hermann Gundel. Dies sei schon immer eine FWV-Forderung gewesen. Der Beschlussantrag der FWV sei in diesem Sinne ganz eindeutig und auch als Kompromissvorschlag für die früheren Straßenbahn-Gegner gedacht gewesen.

Der FWV-Vorschlag sei in der Tat mit der knappsten aller Möglichkeiten angenommen worden, so Hermann Gundel weiter: „Aber Vernünftiges wird leider oft nicht akzeptiert, aus falschem Stolz oder weil es nicht auf dem eigenen Mist gewachsen ist.“ Es sei richtig, dass die jetzt vorgeschlagene Ausführung der Straßenbahntrasse durch Kirchheim unter Umständen nicht voll zuschussfähig sei. Allerdings sei „eine solche Trasse immer noch besser als gar keine oder eine Straßenbahn, die an den Benutzern vorbeifährt“.

Die Freien Wähler entschieden sich im übrigen generell für die nach ihren Erkenntnissen richtige Lösung und richteten sich nicht nach Kreisparteitags-Beschlüssen von politischen Parteien oder populistischen Festlegungen einzelner Mandatsträger, so Gundel.

RN
17.10.01